

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 11.02.2015
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Götze, Horst
Grix, Helga
Meyer, Lina
Stöhr, Friedrich

CDU-Fraktion

Kronshagen, Heinrich
Ohling, Albert

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Claaßen, Jens

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

Beratende Mitglieder

Dietrich, Jürgen
Geerken, Rainer
Hempel, Rainer
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Müller-Goldenstedt, Peter-Florian (bis 18:20 Uhr)
Wittmaier, Alla

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Ludwigs, Joachim
Imamovic, Edvija

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Graf, Wilfried (bis 18:30 Uhr)
Cords, Ursula Jobcenter Emden

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Tempel stellt heraus, die Tagesordnungspunkte 5 „Abschluss einer Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarung mit der Schuldnerberatungsstelle ADN“ und 6 „Abschluss einer Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarung mit der Schuldnerberatungsstelle der Diakonie der ev.-ref. und ev.-luth. Kirchenkreisämter in Ostfriesland“ werden von der Verwaltung zurückgezogen, da beide Einrichtungsträger noch Gesprächsbedarf angezeigt hätten.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2014 - öffentlicher Teil -

Beschluss: Das Protokoll Nr. 17 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 20.11.2014 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Abschluss einer Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarung mit der Schuldnerberatungsstelle ADN
Vorlage: 16/1576

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

TOP 6 Abschluss einer Leistungs-, Entgelt- und Prüfungsvereinbarung mit der Schuldnerberatungsstelle der Diakonie der ev.-ref. und ev.-luth. Kirchenkreisämter in Ostfriesland
Vorlage: 16/1577

Ergebnis: Von der Verwaltung zurückgezogen.

TOP 7 Leistungsvereinbarung sowie Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung mit der AWO
Vorlage: 16/1578

Herr Ludwigs erläutert ausführlich die Vorlage.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau L. Meyer stellt heraus, das Frauenhaus sei eine sehr wichtige Einrichtung in der Stadt Emden. Sie erkundigt sich, ob in diesen 160.000 € auch evtl. Gehaltserhöhungen eingerechnet worden seien.

Herr Ludwigs führt aus, in den Haushalt sei mehr Geld eingestellt worden als an Abschlägen gezahlt werde. Da 30.000 € quartalsweise ausgezahlt würden, stünden immer noch 40.000 € für eine Spitzabrechnung zur Verfügung. Bislang sei die Summe in Höhe von 160.000 € trotz gestiegener Personalkosten auskömmlich gewesen.

Frau Tempel ergänzt, der von der Stadt Emden gewährte Betrag in Höhe von 160.000 € werde nicht alleine zur Finanzierung dieser Leistungen herangezogen. Auch das Land finanziere einen Teil der Kosten des Frauenhauses und der BISS Beratungsstelle. Bislang hätten diese Mittel insgesamt ausgereicht, um den Gesamtaufwand jährlich zu decken.

Herr Graf erkundigt sich, ob der in der Vorlage für das Jahr 2013 genannte Zuschuss vom Land in Höhe von 63.300 € jährlich gezahlt werde.

Diese Frage wird von **Frau Tempel** bejaht.

Auf die Frage von **Herrn Kronshagen** nach der Kündigungsfrist entgegnet **Herr Ludwigs**, in allen drei Vereinbarungen sei der Vereinbarungszeitraum geregelt. Somit könnten die Verträge mit einer Frist von sechs Monaten zum Jahresende jeweils gekündigt werden. Ansonsten würden sie sich jeweils um ein Jahr verlängern.

Beschluss: Die Stadt Emden – Fachdienst Sozialhilfe – schließt mit dem Arbeiterwohlfahrt-Kreisverband Emden eine neue Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarung jeweils mit Wirkung ab dem 01.01.2015 über das Handlungsfeld „häusliche Gewalt“.

Ergebnis: einstimmig

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 8 Zuweisung von Flüchtlingen nach dem Aufnahmegesetz
Vorlage: 16/1579

Frau Tempel führt aus, zwar sei über das Thema Flüchtlinge bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales auch im Hinblick auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gesprochen worden. Doch da dieses Thema nach wie vor immer sehr aktuell sei, wolle sie auch in dieser Sitzung noch einmal über den Sachstand berichten.

Frau Tempel erläutert die Zuwanderungszahlen in Emden, die rechtlichen Grundlagen sowie die Quotenbemessung 2015 in Niedersachsen anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Anschließend geht **Frau Imamovic** von der Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe auf die Betreuung, Begleitung und Beratung dieses Personenkreises ein.

Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für die umfangreichen Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Claaßen bedankt sich für den sehr informativen Vortrag. Für ihn sei deutlich geworden, dass das Netzwerk Ehrenamt in Emden erst einmal gut gewoben sei und funktioniere. Er stelle sich jedoch die Frage, inwieweit diese Aufgabe noch bewältigt werden könne, wenn es in diesem Jahr eine verstärkte Zuwanderung geben werde. Auch müsse man sich fragen, inwieweit man es sich leisten wolle, dass diese Arbeit ehrenamtlich statfinde und ob eine Unterstützung notwendig sei. Seiner Ansicht nach dürfe das Ehrenamt nicht überfrachtet und überbelastet werden.

Weiter bemerkt Herr Claaßen, im Haushalt der Stadt Emden seien 480.000 € für das Jahr 2015 eingestellt worden, um eine sich im Besitz der Stadt Emden befindliche Immobilie für den Wohnbereich herrichten zu können. Er bittet um Auskunft, ob es da schon konkrete Planungen geben und um welche Immobilie es sich in diesem Fall handeln würde.

Frau Tempel entgegnet, sicherlich sei der Eindruck richtig, dass viel persönliche Zuwendung und sozialer Kontakt über die Integrationslotsen zu den zugewanderten Menschen hier vor Ort laufen würden. Doch wie auf der ersten Folie von Frau Imamovic dargestellt, seien hier auch viele Hauptamtliche tätig. Derzeit sei die Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe von Frau Imamovic besetzt. Wenn es aufgrund der vermehrten Zuwanderungen zu einer Überlastung oder Überforderung kommen sollte, dann müsse man sicherlich darüber nachdenken, diese Stelle personell zu verstärken. Es sei auch zu überlegen, inwieweit die Migrationsberatungsstelle der AWO möglicherweise noch personell aufgestockt werden könne.

Bezüglich der Förderung der Integrationslotsen erklärt Frau Tempel, es dürfe nicht sein, dass die Integrationslotsen, die sich ehrenamtlich einbringen würden, auch noch selber eigenes Geld mitbringen würden. Gemeinsam mit der Koordinierungsstelle sollte überlegt werden, inwieweit die im Zusammenhang mit der Betreuung entstehenden Aufwände vergütet werden könnten.

Weiter bemerkt Frau Tempel, hinsichtlich der Förderung weiterer Deutschkurse müsse man intern sehen, ob im Budget zusätzliche Gelder zur Verfügung gestellt würden. Sie geht davon aus, dass die Kurse aus dem Gesamtbudget finanziert werden könnten. Hier müsse man dann schauen, wer diese Kurse entsprechend organisieren und durchführen könne. Im Moment sei es so, dass einige Anmeldungen vorliegen und Wartelisten bestehen würden.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

Auf die Frage von Herrn Claaßen bezüglich der Unterbringung der zugewiesenen Asylbewerber führt Frau Tempel aus, im Moment sei eine Arbeitsgruppe damit beschäftigt, einen Standort auszuwählen, wobei auch eine städtische Immobilie in die Planung einbezogen werde. Da die Überlegungen derzeit noch nicht konkret seien, wolle sie diese nicht öffentlich benennen und auch zum Standort keine Angaben machen.

Frau L. Meyer bedankt sich für die umfangreiche Information. Ihrer Ansicht nach sei man in der Stadt Emden auf einem ganz guten Weg, was Integration angehe. Dafür bedankt sie sich auch im Namen ihrer Fraktion. Sie fragt an, ob bisher auch unbegleitete Minderjährige zugewiesen worden seien.

Frau Tempel antwortet, ihr sei der Fall eines unbegleiteten minderjährigen Kindes bekannt.

Herr Götze stellt heraus, aufgrund der sprachlichen Probleme würden die Spannungen bei den Tafeln in Ostfriesland immer größer. Anscheinend würde auch die zur Verfügung stehende Ware für den Einzelnen immer weniger, sodass irgendwann auch hier Probleme auftauchen würden. Das größere Problem sei jedoch die Schwierigkeit, sich gegenseitig zu verständigen. Auch hier sollte darüber nachgedacht werden, wie die Ehrenamtlichen unterstützt werden könnten.

Frau Tempel berichtet, dass Frau Holle, Caritasverband Ostfriesland, ihr die Situation geschildert habe. Die Tafel hätte nunmehr für die zugewiesenen Asylbewerber und die Migranten Hinweise für den Ablauf in mehreren Sprachen herausgebracht und würde diese auch verteilen. Auch die Koordinierungsstelle sei informiert worden, sodass auch die Integrationslotsen diese in verschiedenen Sprachen übersetzten Hinweise erhalten würden und weiterverteilen könnten. Bezüglich des Staus habe die Tafel bereits nach Lösungsmöglichkeiten gesucht und man müsse zunächst abwarten, wie sich das weiter entwickle.

Herr Hempel fragt an, ob die Anmietung von Objekten und Wohnungen problemlos verlaufen sei oder ob es zu Widerständen und Unruhe in der Nachbarschaft oder im Wohnviertel gekommen sei. Weiter erkundigt er sich, ob es Zahlen darüber geben würde, ob die kriegstraumatisierten Menschen psychiatrisch behandelt worden seien.

Frau Tempel führt aus, bezüglich der Anmietung der Wohnungen habe es keine Komplikationen gegeben. Sicherlich käme es gelegentlich zu Beschwerden, diese seien jedoch nicht besorgniserregend. Hinsichtlich der Flüchtlinge mit Traumatisierungen könne sie keine Stellung nehmen, da ihr hier nichts bekannt sei.

Herr Kronshagen bittet darum, bei nächsten Informationstreffen der Integrationslotsen den Dank des Ausschusses weiterzugeben.

Frau Wittmaier erklärt, als Vertreterin des Integrationsrates würde auch sie Flüchtlingsfamilien ins tägliche Leben begleiten. Falls Hilfe bezüglich der Sprachen benötigt werde, könne sich Frau Imamovic gerne an sie wenden. Abschließend weist sie darauf hin, dass die Sprache aus dem ehemaligen Jugoslawien stark der russischen Sprache ähneln würde.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

TOP 9 Bericht der Geschäftsführerin des Jobcenters Emden, Frau Ursula Cords, zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Emden
Vorlage: 16/1580

Frau E. Meyer begrüßt die Geschäftsführerin im Jobcenter Emden, Frau Ursula Cords, und bittet sie, sich zunächst persönlich vorzustellen und dann zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm zu berichten.

Frau Cords bedankt sich, stellt kurz ihren beruflichen Werdegang vor und erläutert anschließend das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 bis 2016. Die Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Bamminger merkt an, die Bezeichnung Kunde sei ihrer Ansicht nach sehr gewöhnungsbedürftig. Weiter fragt sie, ob Personen, die in eine Maßnahme geschickt würden, auch weiterhin arbeitslos seien.

Frau Cords entgegnet, es komme auf die Maßnahme an. Bei längerfristigen Umschulungen würden diese Personen dann als arbeitssuchend gezählt. Jedoch seien sie aber im Jobcenter weiter als erwerbsfähige Leistungsbezieher im Bestand. Die Begrifflichkeiten seien immer sehr verwirrend. Man arbeite mit Arbeitslosen, habe aber auch 3.700 erwerbsfähige Leistungsbezieher, die dieses auch bleiben, solange sie nicht in eine Arbeit gehen würden, die ihren Lebensunterhalt sicherstelle.

Herr Götze begrüßt es, dass besonders Jugendliche in den Ausbildungsmarkt integriert würden. Seiner Meinung nach sei dieses einer der wichtigsten Punkte überhaupt. Er hoffe, dass das jetzt geschlossene Bündnis möglichst schnell mit Leben gefüllt werde, um vielen Jugendlichen die Chance zu eröffnen, in eine Berufsausbildung zu kommen. Auch müsste man die Arbeitgeber dazu bringen, sich hier einzubringen.

Herr Götze bezieht sich auf die von Frau Cords angesprochenen 2,1 Mio. €, die für die Integration zur Verfügung stehen würden. Im Verhältnis zu den vergangenen Jahren sei dieses seines Erachtens verhältnismäßig wenig. Auch würde man bezüglich der ESF-Mittel seiner Ansicht nach zu wenig tun. Er sei fest davon überzeugt, wenn man an diese Angelegenheit intensiver herangehen und sich systematisch die zur Verfügung stehenden Punkte vornehmen würde, dort mehr erreicht werden können. Zwar sei dieses ein enormer Verwaltungsaufwand, doch nur mit Inanspruchnahme der ESF-Maßnahmen könnten auch bessere Ergebnisse erzielt werden.

Herr Geerken bemerkt, Frau Cords habe gerade gesagt, dass der wachsende Facharbeiterbedarf der Wirtschaft nicht gedeckt werden könne. Er fragt an, inwieweit das Jobcenter und die Arbeitsagentur daran mitgewirkt hätten, in dem sie gut ausgebildete Facharbeiter als Produktionshelfer in Verleihfirmen vermitteln würden. Damit würde erreicht, dass die vorhandenen Arbeitsplätze von überqualifizierten Personen besetzt würden und den weniger gut ausgebildeten Menschen nicht mehr zur Verfügung stünden.

Weiter wirft er die Frage auf, wenn man das Hauptaugenmerk auf die junge Generation legen wolle, ob dann für die Menschen 50 + auch Geld in die Hand genommen werde.

Frau Cords bestätigt, dass das Projekt 50 + Ende des Jahres auslaufe. Dennoch könnten diese Kunden auch an anderen Maßnahmen teilnehmen und entsprechend zugewiesen werden. Man habe versucht, sich in diesem Jahr breit aufzustellen.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

Bezüglich der Frage der Facharbeiter führt sie aus, Fakt sei, dass die Betriebe Anforderungsprofile formulieren würden. Auch sie würde es bedauern, wenn Helferarbeitsplätze durch Facharbeiter blockiert würden, zumal diese Personen dann nicht als Helfer zur Verfügung stehen würden. Letztlich sei es jedoch eine Marktsituation und es stelle sich die Frage, wer hier die Verantwortung trage und wer Einfluss nehmen könne.

Frau Cords stellt heraus, Ziel des Jobcenters sei es, dass Menschen eine Arbeit finden würden, von der sie ohne Grundsicherung leben könnten. Man müsste überlegen, mit welchen Strategien man hier wirksam vorankomme und Lösungen finden.

Frau Kandziora fragt an, ob bei den neuen Maßnahmen auch darauf geachtet werde, ob im ostfriesischen Raum auch ein Markt bestehe, sodass die Menschen dann auch eine Chance hätten, in den Arbeitsmarkt vermittelt zu werden. Eine Umschulung, um lediglich die Leute zu beschäftigen, sei ihrer Ansicht nach Geldverschwendung.

Frau Cords erinnert daran, dass es in den 90-er Jahren sogenannte Gruppenumschulungen gegeben habe. Heute arbeite man jedoch sehr individuell und einzelfallbezogen.

Frau Wittmaier bittet um Auskunft, welche Voraussetzungen Migranten erfüllen müssen, um eine Sprachförderung zu bekommen.

Frau Cords antwortet, diese Frage könne sie so pauschal hier nicht beantworten, da ihr das Detailwissen fehlen würde. Sie bittet darum, sich an die Integrationsfachkräfte zu wenden, die die Voraussetzungen kennen und mit den entsprechenden Migranten das Nötige auf den Weg bringen würden.

Abschließend erklärt Frau Cords, Vorurteile, Toleranz und Respekt seien derzeit ein allgegenwärtiges Thema. Seit zehn Jahren arbeite man nunmehr in dieser Konstruktion mit dem Jobcenter und man könne feststellen, dass es bisher nicht gelungen sei, Vorurteile gegenüber denjenigen abzubauen, die Grundsicherung beziehen würden, aber auch gegenüber dem Jobcenter auszuräumen. Dabei sei die Arbeit im Jobcenter einer der herausforderndsten und wichtigsten in der Sozialpolitik, die man derzeit in der Bundesrepublik habe. Man würde den Menschen Hoffnung geben, sie unterstützen und ihnen Mut machen. Leider komme dieses in der Öffentlichkeit nicht so hervor. Daher wolle sie an dieser Stelle auf eine Initiative hinweisen, die der Vorstand der Bundesagentur für Arbeit auf den Weg gebracht habe. Hier gehe es darum, für mehr Toleranz, mehr Respekt und auch mehr Weltoffenheit zu werben. Die kleine Filmsequenz solle hierzu einen Anstoß geben und sei Auftakt einer Kampagne. Der Film werde nunmehr in die sozialen Netzwerke eingestellt. Sie bittet darum, ihn an Freunde, Bekannte und Arbeitskollegen weiterzugeben, um somit die Initiative für mehr Toleranz, Respekt und Weltoffenheit zu unterstützen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Herr Kronshagen fragt an, ob es bestimmte Fristen für die Vorlage der Berichterstattung zur Heimaufsicht geben würde.

Protokoll Nr. 18 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 11.02.2015

Frau Tempel entgegnet, aufgrund eines personellen Engpasses sei die Heimaufsichtsaufgabe bis Anfang letzten Jahres ausgeübt worden. Die Kollegin sei im Bereich Flüchtlingshilfe tätig und könne erst wieder im Laufe dieses Jahres u. a. gemeinsam mit dem medizinischen Dienst die Prüfungen durchführen. Sobald ein Sachstand vorliegen würde, könne im Ausschuss auch darüber berichtet werden. Die Prüfungen seien jährlich durchzuführen. Für die Berichterstattung selbst würde es keine gesetzlichen Fristen geben.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.